



Der Verantwortung muss sich gestellt werden

Nachdem die FDP die Sondierungsgespräche zur Bildung einer Jamaika-Koalition abgebrochen hat, steht die Frage im Raum: Wie geht es weiter in Berlin? Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble machte am Dienstag vor dem Bundestag deutlich, dass es nun darum gehen müsse, „dass Deutschland eine stabile Regierung erhält.“ Diese Verantwortung bestehe nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa und die Welt, die ein stabiles und handlungsfähiges Deutschland erwarteten. Die Abgeordneten und ihre Parteien seien dabei nicht nur den Inhalten verpflichtet, für die sie beim Wähler inhaltlich geworben hätten, sondern auch der Bildung tragfähiger Mehrheiten zum Regieren. „Klar ist, dass regiert werden muss“, so die Mahnung des Bundestagspräsidenten.

Bis zuletzt war die Stimmung hoffnungsfroh, „Jamaika kann gelingen“, sagten die Unterhändler der Union. Man sei kurz vor dem Durchbruch zu guten Lösungen gewesen, die dem Land in einer schwierigen Zeit genutzt hätten. Man hatte am Sonntag bereits gute Vereinbarungen in den Bereichen Familie, Landwirtschaft und Klimaschutz getroffen. Sogar beim bis zuletzt umstrittenen Thema Flucht und Migration hat es Fortschritte gegeben:

Paket für Familien: Verständigt hatte man sich auf eine Erhöhung des Kindergeldes um 25 Euro pro Monat und eine entsprechende Anpassung des Kinderfreibetrages. Unstreitig war ebenso die Einführung eines Baukindergeldes. Eine Erleichterung des Familienalltags hätte der schon geeinte Rechtsanspruch zur Betreuung von 2,8 Millionen Grundschulkindern gebracht.

Pflege: Nachdem in der vergangenen Legislaturperiode 5 Mrd. Euro pro Jahr für Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige beschlossen wurden, hatte man sich auf ein Sofortprogramm Pflege verständigt. Damit sollte u. a. eine bessere Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege kommen.

Landwirtschaft und ländliche Räume: Es bestand Konsens über eine zusätzliche Milliarde Euro jährlich, die dem Ausbau von Ställen und sonstigen Bereichen der Landwirtschaft hätte zugute kommen sollen. Damit hätte man auch den ländlichen Raum gestärkt: Denn alles, was gut ist für die Landwirtschaft, ist gut für den ländlichen Raum.

Soli-Abbau / Steuerentlastung: Man hatte einen Abbau des Solidaritätszuschlags in der Weise angeboten, dass am Ende dieser Legislaturperiode rund $\frac{3}{4}$ aller Bürger keinen Solidaritätszuschlag mehr hätten zahlen müssen. Zudem bestand Einigkeit über eine Steuerreform zugunsten von Beziehern ganz kleiner Einkommen.

Wirtschaft/ Soziales/ Rente/ Ehrenamt: Man war sich einig, die Sozialversicherungsbeiträge bei 40 % zu deckeln und sowohl den Mindestlohn beim Ehrenamt als auch die Pflege zu entbürokratisieren. Weiter bestand Einigkeit darüber, Frauen mit einer kleinen Rente eine Aufstockung bis zur Grundsicherung so zu gewähren, dass sie nicht zum Amt gehen müssen.

Innere Sicherheit: Geeint waren zusätzliche 7.500 Polizeistellen beim Bund sowie ein klares Bekenntnis dazu, durch mehr Videoüberwachung für mehr innere Sicherheit zu sorgen.

Außen- und Verteidigungspolitik: Hier bestand Konsens, dass man weder in die eine noch in die andere Richtung eine Sonderstellung akzeptieren könne, sondern Deutschland ein verlässlicher Partner in Europa und der Welt bleibt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



auch am Ende der Woche stehen wir noch unter dem Eindruck des FDP-Paukenschlages vom vergangenen Sonntag. Alle Verhandler

und intensiven Begleiter der Sondierungen hatten in den letzten Wochen sicher mehr als einmal den Impuls, wegen der nicht gerade kleinen Gegensätze hinzuschmeißen.

Wer das Mandat der Wähler ernst nimmt, tut aber gut daran, diesen Impuls zu unterdrücken und seine politische Verantwortung zur Richtschnur zu machen.

Dazu passt weder die Verweigerung von Verhandlungen noch deren abrupter Abbruch. Diese 4-Parteien-Regierung wäre sicher schwierig geworden, aber möglich gewesen.

Auch die SPD muss sich deutlich fragen lassen, ob ihre Blockade dem Land dient. Den Satz von Willy Brandt „Erst kommt das Land, dann kommt die Partei“ sollte die SPD endlich wiederentdecken und sich ihrer Verantwortung stellen.

Als Union stehen wir zu unserer Verantwortung. Ehe wir auf Neuwahlen setzen, müssen alle Optionen inklusive einer Minderheitsregierung sorgfältig geprüft werden. Ich scheue Neuwahlen nicht, aber als Demokrat habe ich ein Problem damit, ohne Not einfach so lange wählen zu lassen, bis es irgendwann für eine Regierungsbildung passt. Die Wähler haben ihren Teil getan, nun dürfen sie zurecht erwarten, dass die gewählten Mandatsträger ihr Mandat auch zum Wohle unseres Landes nutzen.

Es grüßt Sie

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Carlos Albuquerque

Deutschland muss auch in der jetzigen Phase außenpolitische Verantwortung zeigen

Verlängerung der Bundeswehrmandate ist Signal bündnispolitischer Verlässlichkeit



Der Deutsche Bundestag debattiert am vergangenen Dienstag und Mittwoch über eine dreimonatige Verlängerung der Mandate für insgesamt sieben laufende Bundeswehreinsätze. Hierzu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt MdB:

„Mit dem überraschenden und für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht nachvollziehbaren Ende der Sondierungsgespräche steht nun voraussichtlich eine längere Phase der Regierungsbildung bevor. Dies darf aber nicht unsere außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit beeinträchtigen. Die Welt steht nicht still. Unsere internationalen Partner blicken auf Deutschland und setzen darauf, dass unser Land ein starker und verlässlicher Partner bleibt.“

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwartet, dass der Deutsche Bundestag seiner internationalen Verantwortung gerecht wird und die sieben Bundeswehrmandate verlängert, die Ende Dezember und Ende Januar auslaufen. Hiermit senden wir ein unmissverständliches Signal der Bündnissolidarität, der Zuverlässigkeit und der außenpolitischen Kontinuität Deutschlands. Ein solches Zeichen ist angesichts einer krisenbehafteten und volatilen Welt wichtiger denn je. Jeder einzelne Einsatz trägt dazu bei, für Stabilität und Sicherheit zu sorgen - ob in Mali, im Irak, in Afghanistan, im Sudan und Südsudan oder bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden internationalen Terrorismus.

Mit ihren Einsätzen stärkt die Bundeswehr auch das internationale Ordnungssystem - jenes Ordnungssystem, das wir mit geschaffen haben und das Garant für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand ist. Schon aus diesem Grund sollten wir uns weiterhin substanziell an Missionen beteiligen, die genau diesem übergeordneten Ziel verpflichtet sind.“

Foto: Katja-Julia Fischer

Bundestag setzt temporären Hauptausschuss ein

In dieser Woche setzte der Bundestag zur besseren Arbeitsfähigkeit bis zur Bildung der ordentlichen Ausschüsse vorübergehend einen Hauptausschuss ein. Dieser Ausschuss wird es dem Bundestag wie bereits 2013 ermöglichen, die notwendigen Vorhaben und Anträge zu beraten.

Der Vorsitz obliegt Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble oder einem seiner Stellvertreter. Der Hauptausschuss wird 47 Mitglieder umfassen, 17 davon wird die CDU/CSU-Fraktion stellen.

Von der CDU-Landesgruppe NRW werden Sabine Weiss MdB, für den Bereich Arbeit und Soziales sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit, Marie-Luise Dött MdB, für den Bereich Umwelt und Bauen, Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB, für den Bereich Justiz und Verbraucherschutz, und Jürgen Hardt MdB, für den Bereich Auswärtiges, gestellt. Anja Karliczek MdB, Thomas Jarzombek MdB und Ralph Brinkhaus wurden darüber hinaus zu stellvertretenden Mitgliedern durch die CDU/CSU-Fraktion benannt. Die konstituierende Sitzung des Hauptausschusses wird am Mittwoch, den 22. November 2017, stattfinden.

Der Hauptausschuss wird Ausschuss im Sinne der im Grundgesetz ausdrücklich genannten Ausschüsse für Europa, Verteidigung und auswärtige Angelegenheiten sein. Er ist zudem Haushaltsausschuss im Sinne der entsprechenden gesetzlichen und geschäftsordnungsrechtlichen Vorgaben.

Er hat kein Selbstbefassungsrecht, sondern seine Zuständigkeit wird durch Überweisung durch das Plenum begründet. Zudem werden wir einen Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sowie einen Petitionsausschuss einsetzen. Bis auf weiteres werden beide Ausschüsse aus neun Mitgliedern bestehen, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt je drei Mitglieder.

Impressum:

Ausgabe Nr. 13/2017,
23. November 2017

Landesgruppe NRW
der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck